

V-88 Kampf gegen häusliche Gewalt und Femizid endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen!

Antragsteller*in: Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Blickt man auf die letzte Septemberwoche 2024, bleibt mit vier Femiziden an
2 einem einzigen Tag und zehn Femiziden in einer einzigen Woche das strukturelle
3 Defizit bei der effizienten Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen
4 Frauen und Mädchen und Frauen in Deutschland eklatant:

5 23.09.2024, Femizid gegen eine 25-jährige Frau in Bad-Teinach Zavelstein im
6 öffentlichen Raum (BW)

7 24.09.2024, Femizid gegen eine 75-jährige Frau in Schwaikheim (BW)

8 25.09.2024, Femizid gegen eine 37-jährige Frau in Burgdorf (NI)

9 26.09.2024, Femizid gegen eine 59-jährige Frau in Köln Wesseling (NW)

10 27.09.2024, Femizid gegen eine 58-jährige Frau in Todtnau (BY)

11 28.09.2024, Mutmaßlicher Femizid gegen eine 49-jährige Frau in Pommelsbrunn (BY)

12 28.09.2024, Femizid gegen eine 21-jährige Frau in Idar-Oberstein im öffentlichen
13 Raum (RP)

14 28.09.2024, Femizid gegen eine 42-jährige Frau in Bad Homburg v. d. Höhe. (HE)

15 28.09.2024, Femizid gegen eine 55-jährige Frau in Witzeze (SH)

16 30.09.2024, Femizid gegen eine 32-jährige Frau in Detmold

17 Quelle: Quelle Femicide Observation Center Germany, Prof. Dr. Kristina Wolff

18 In Anbetracht des gesamtgesellschaftlichen und des ökonomischen Schadens, den
19 die strukturellen, tradierten, männlichen Gewaltexzesse tagtäglich in
20 Deutschland verursachen, fordern wir einen nachhaltigen Etat im Bundeshaushalt
21 zur effizienten Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Häuslicher
22 Gewalt, entsprechend den Vorgaben und Inhalten der Istanbul-Konvention. Es darf
23 weder auf Bundes- noch auf Landesebene Haushaltskürzungen beim Gewaltschutz
24 geben!

25 Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen bei Frauen: häufiger
26 als Verkehrsunfälle und Krebs zusammengenommen. Und das sind nur die gemeldeten
27 Fälle, die die Spitze des Eisbergs darstellen. Oft liegt jahrelanger, schwerer
28 Missbrauch hinter den Betroffenen, ehe es zur ersten Anzeige kommt. Für Frauen
29 ist das Risiko, durch einen Beziehungspartner Gewalt zu erfahren, weitaus höher
30 als das Risiko, von einem Fremden tödlich angegriffen zu werden. Bildung,
31 Einkommen, Alter und Religionszugehörigkeit sind dabei laut Terre des Femmes
32 keine relevanten Kriterien im Gefährder Kreis.

33 Das Bewusstsein dafür, dass häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen in allen
34 Schichten und Gruppierungen der Gesellschaft gleichermaßen stattfinden, muss

35 durch Aufklärungsarbeit gefördert werden. Bisher konzentriert sich die
36 gesellschaftliche Wahrnehmung auf singuläre und besonders vulnerable Gruppen.
37 Das füttert die Darstellung der konservativen und rechten Parteien, die Gewalt
38 gegen Frauen ausschließlich bei Männern mit Migrationshintergrund faktisch
39 falsch verorten. Dabei wird umgekehrt das Vorurteil gefördert, dass man die
40 betroffenen Frauen ebenfalls nur in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen
41 verortet.

42 Wir fordern daher von großen gesellschaftlichen Stakeholdern, der Wirtschaft und
43 vom Bund regelmäßige landesweite Sensibilisierungskampagnen zu Femiziden und
44 häuslicher Gewalt, die direkt in die Mitte der Gesellschaft zielen. Durch
45 Berichterstattung in den Medien wollen wir das Bewusstsein für die Dringlichkeit
46 des Problems in der Bevölkerung erhöhen, es soll kontinuierlich über Maßnahmen
47 und Fortschritte informiert werden.

48 Hierbei wollen wir die Verantwortung von Männern untereinander betonen, wie z.
49 B. das offenkundige Problem von gewalttätigen Leistungssportlern – besonders im
50 Fußball - in ihrer Vorbildfunktion. Hier muss der gesellschaftliche und mediale
51 Schulterschluss u. a. mit Sportvereinen gezielt gesucht und mit ansprechenden
52 Kampagnen umgesetzt werden, die Männer gegenüber Männern in die Verantwortung
53 nehmen.

54 Durch einen Fokus auf Aufklärungs- und Präventionsarbeit gehen wir an die Wurzel
55 von Gewalt gegen Frauen. Wir unterstützen die Forderungen von UN Women
56 Deutschland nach umfassenden Maßnahmen der Arbeit mit Gefährdern als präventiven
57 Ansatz zur Vermeidung weiterer Gewalt. Dazu muss intensive Arbeit schon in der
58 frühen Kindheit in Kindergärten und Schulen geleistet werden.

59 Wir brauchen landesweite Bildungsprogramme zur Prävention von
60 geschlechtsspezifischer Gewalt in Schulen, Universitäten und
61 Jugendorganisationen. Diese Programme sollen: geschlechtsspezifische Stereotype
62 und machistische Einstellungen abbauen, junge Menschen sensibilisieren um
63 respektvolle und gleichberechtigte Beziehungen zu fördern, und langfristig einen
64 kulturellen Wandel hin zu einem gleichberechtigten Miteinander bewirken.

65 Täterarbeit ist in Fällen von häuslicher Gewalt eine wichtige
66 Präventionsmaßnahme. Sie reicht aber leider oft nicht aus, um die Tötung von
67 Frauen zu verhindern. Wir Grüne setzen uns für einen effektiven Schutz von
68 Betroffenen und die Umsetzung der Istanbul- Konvention ein.

69 Die Istanbul- Konvention fordert explizit wirksame strafrechtliche Normen und
70 Verfahren zur Aufklärung und Sanktionierung von Gewalttaten und einen
71 Sofortschutz durch Kontakt- und Näherungsverbote.

72 Zum besseren Schutz der Betroffenen fordert die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
73 im Berliner Abgeordnetenhaus die Einführung von multiinstitutionellen
74 Fallkonferenzen, bspw. zwischen Polizei, Ämtern und Beratungsstellen, längere
75 Wegweisungen von bis zur vier Wochen, ein Kontakt- und Näherungsverbot und ein
76 Bußgeld bei Verstößen. Quelle: Bahar Haghanipour, MdA; Petra Vandery, MdA und
77 Vasili Franco, MdA des AGH Berlin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

78 Wir fordern dazu auf die oben genannten Berliner Maßnahmen sowie die rechtlichen
79 Bedingungen der elektronischen Überwachung zu prüfen: ob und wie als potenzielle
80 und effektive weitere Maßnahme zum Schutz von Betroffenen die Anordnung einer
81 elektronischen Fußfessel in Hochrisikofällen durchgeführt werden kann. Die

82 Prüfung soll für Hochrisikofälle auch den Einsatz von elektronischen Fußfesseln
83 im Zusammenhang mit so genannten „Smartwatch“-Armbändern beinhalten, die die
84 Betroffene eigenständig warnen, wenn sich der Gefährder auf unter 500 Meter
85 nähert.

86 Wir unterstützen außerdem die Forderungen von UN Women Deutschland, die
87 Istanbul-Konvention bei den Strafverfolgungsbehörden und Richter*innen bekannter
88 zu machen und verpflichtend in die juristische Aus- und Fortbildung zu
89 integrieren.

90 Die Legislaturperiode endet bald. Das von der Koalition vereinbarte
91 Gewalthilfegesetz muss sofort ins parlamentarische Verfahren, es muss schnell
92 umgesetzt und bedarfsgerecht finanziert werden. Nur so können Menschenleben
93 gerettet werden.

Begründung

Die Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen ist seit über sechseinhalb Jahren rechtlich bindend für Deutschland. Trotzdem steigt die Zahl der Femizide und Gewalttaten gegen Frauen jährlich. Keine andere gesellschaftliche Gruppe ist einem so hohen Risiko ausgesetzt, wegen geschlechtsspezifischer Gewalt getötet zu werden. Die Gewaltschutzmaßnahmen, die zum Schutz von Frauen und Mädchen in Deutschland tatsächlich umgesetzt werden, stehen in keinem Verhältnis zu den rechtlichen Vorgaben der Konvention, die völkerrechtlich bindend ist, und zu der hohen Zahl der Betroffenen

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) von 2011 ist ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Dazu gehören Opferschutz, Prävention und Strafverfolgung sowie die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter in den Verfassungen und Rechtssystemen.

Die 81 Artikel der Istanbul-Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter.

Die Vertragsstaaten sind im Rahmen der ganzheitlichen Gewaltschutzstrategie zu verschiedenen Maßnahmen verpflichtet:

1. Gewaltprävention durch Bewusstseinschaffung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit.
2. Unterstützung und Schutz durch Hilfsdienste, Einsatz ausgebildeter Fachkräfte, Einrichtung von Frauenhäusern.
3. Wirksame strafrechtliche Normen und Verfahren zur Aufklärung und Sanktionierung von Gewalttaten.
4. Sofortschutz durch Kontakt- und Näherungsverbote.
5. Ausdehnung der Maßnahmen auch in Asylverfahren, eigenständige Aufenthaltstitel für Gewaltopfer.
6. Außerdem sind die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, die widerstreitenden Interessen zwischen Opferschutz und Freiheitsrechten gewalttätiger Personen sorgfältig abzuwägen (Opferzentrierter Sorgfaltsmaßstab).

weitere Antragsteller*innen

Katja Zimmermann (KV Berlin-Mitte); Stefanie Remlinger (KV Berlin-Mitte); Dennis Franz (KV Berlin-Pankow); Michael Kämper-van den Boogaart (KV Berlin-Pankow); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Jana Braun (KV Berlin-Reinickendorf); Georg Atta Mensah (KV Berlin-Reinickendorf); Mathias Kraatz (KV Berlin-Pankow); Benjamin Budt (KV Berlin-Pankow); Tim Dollnik (KV Berlin-Reinickendorf); Svenja Kleist (KV Berlin-Reinickendorf); Bettina Dolle (KV Berlin-Reinickendorf); Marei Zylka (KV Berlin-Reinickendorf); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Julian Bonenberger (KV Sankt Wendel); Natascha Henry (KV Berlin-Reinickendorf); Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Inez Mischitz (KV Berlin-Pankow); Elke Klünder (KV Berlin-Reinickendorf); sowie 56 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.